



Seite 4:
Jan Korte unterwegs in Nienburg,
Egeln und Staßfurt



Seite 5:
Anti-Rassismus-Demonstration
in Magdeburg



Seite 6:
Volksbegehren braucht weitere
Unterstützung

DIE LINKE ZEITUNG

7-8 / 2020

Spende erbeten Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis



VORBEREITUNG AUF DIE LANDTAGSWAHL 2021 DIE AUFGABEN IM KREISVERBAND SALZLANDKREIS

Aus dem Beschluss des Kreisvorstandes vom 10. Juni 2020

von Roland Claus, Henriette Krebs, Jörg Lemmert

1. Bestandsaufnahme. Trotz Krise sind wir nicht bei „Stunde Null“

Der Landesparteitag hat bereits Ende Juni 2019 in Burg einen Beschluss zur Vorbereitung der Landtagswahl am 6. Juni 2021 gefasst und das Wahlziel „20 plus x Prozent“ angestrebt. Dieser Beschluss hat weiterhin Bestand, außer bei der Annahme einer relativen stabilen volkswirtschaftlichen Entwicklung.

Unsere Kreisversammlung hat Mitte Oktober 2019 in Staßfurt den Beschluss gefasst, „Links wirkt! Du kannst mitwirken!“ und darin die Landtagswahl 2021 in 's Auge gefasst. Selbstbewusst haben wir mit der Formel „Mehr Salzland-

kreis im Landtag“ den Anspruch angesagt, als Kreisverband direkt in der nächsten Landtagsfraktion vertreten zu sein. Mit der vom Vorstand unterstützten Kandidatur von Eva von Angern in Schönebeck und weiteren inzwischen absehbaren Kandidaturen haben wir gute Chancen unser ehrgeiziges Ziel zu erreichen.

Vom Landesvorstand wurden inzwischen mit Hilfe der Landtagsfraktion weitere Schritte zur strategischen, programmatischen und personellen Vorbereitung der Landtagswahl beschlossen. Selbstverständlich haben auch uns die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen der Corona-Krise vor neue Herausforderungen gestellt. Auch hier gilt unsere Beschlusslage: „Wir sind die Partei mit dem sozialen Kompass“. Das Fazit der Bestandsaufnahme: Wir sind nicht

übermütig, aber recht gut vorbereitet.

2. Nächste Entscheidungen im Landesverband

Der Landesvorstand hat inzwischen folgende Gremien zur Wahlvorbereitung einberufen:

- Das Wahlplenum als Plattform der Entscheidungen zwischen Landesverband und den Kreisverbänden.
- Eine Kommission „Strategie und Wahlen“
- Ein Operativ-Gremium zur materiellen/logistischen/finanziellen Arbeit

Weitere Termine beim Landesvorstand stehen an:

- 11. Juli: gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesausschuss, Stadt- und Kreis-

vorsitzende

- Beschlussfassung zur Wahlstrategie
- Spitzenkandidatur
- Einberufung des Landesparteitages

- 17. August: Landesvorstandssitzung zum Leit-antrag an den Landesparteitag
- 7. September/5. Oktober: Landesvorstandssitzung zur Vorbereitung des Landesparteitages
- 11. Oktober: Landesparteitag
- Ende Januar 2021: Landesparteitag und VertreterInnenversammlung zum Wahlprogramm und zur Landesliste

3. Nächste Schritte im Kreisverband

a) Kreisversammlung am 24. Oktober 2020 in Bernburg (Kurhaus)

- Antrag zur Vorbereitung der Landtagswahl
- Vorstellung der 4 Direktkandidat/innen
- Berichte Kreisvorstand und Kreistagsfraktion
- Nachwahlen

b) Nominierung von 4 Direktkandidat/innen für die Wahlkreise (bisherige InteressentInnen)

Bernburg: Henriette Krebs
Schönebeck: Eva von Angern

Aschersleben: Marco Kiontke
Staßfurt: Bianca Görke

Die Vertreter/innenversammlungen finden dezentral jeweils in den Landtagswahlkreisen statt. Die Nominierung sollte (muss aber nicht) bis zur Kreisversammlung erfolgen.

c) Aufbau von Wahlkampfstrukturen

- Mitwirkung im Wahlplenum des Landesverbandes: Henriette Krebs, Jörg Lemmert
- Weitere Kooperation mit dem Landesvorstand über Rainer Zühlke und Roland Claus
- Teams der Kandidat/innen bilden
- Kooperation mit dem Bundestagsabgeordneten Jan Korte abstimmen
- Wahlkampf-Team des Kreisverbandes berufen

4. Organisation, Logistik, Finanzen, Vorschau auf den Wahlkalender

- Vorbereitung der Landtagswahl als ständiger Tagesordnungspunkt in den Kreisvorstandssitzungen.
- Klärung der Wahlkampffinanzierung über das Wahlplenum
Kostenübernahme durch den Landesvorstand

Anteile aus dem Kommunalwahlfond für den Kreisverband

Spenden

Ausgabenplanung

- Social Media-Präsenz vorbereiten, dafür Verantwortliche bestimmen
- Kooperation von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion/Stadtfaktionen abstimmen (kommunalpolitische Themen mit Landesbezug)
- Einsatzplanung der 4 Direktkandidatinnen
- Den Wahlkalender des Kreisvorstandes als verbindliches Führungsinstrument anlegen
- Konkurrenz-Analyse im Salzlandkreis
- Landtagswahl in Thüringen am 25.04.2021 beachten
- Einige Wahltermine langfristig vorbereiten, u.a.:
 - Neujahrsempfang des Kreisverbandes auch in allen 4 Wahlkreisen
 - Evtl. Kreisversammlung im April/Mai 2021
 - Traditionelle Mai-Feiern in den 4 Wahlkreisen
 - „Lesen gegen das Vergessen“ am 7. Mai 2021 in Bernburg
 - Kindertag 01.06.2021

Landtagsfraktion verzichtet auf Diätenerhöhung

www.dielinke-fraktion-lsa.de

Nachdem sich in der parlamentarischen Beratung des von der Linkfraktion bereits am 30. März 2020 beantragte Verzicht auf die diesjährige Erhöhung der Diäten gezeigt hatte, dass ein solcher Verzicht aus formalen Gründen nicht möglich ist, verblieb im Sinne des ursprünglichen Anliegens nur die Alternative, das ausbezahlte Geld individuell zu spenden. Um hier zu einer verbindlichen und verlässlichen Regelung zu kommen, haben die Abgeordneten der Fraktion mittlerweile einmütig die folgende Verabredung getroffen:

„Jeder Abgeordnete unterstützt in eigener Verantwortung bis zum Mai 2021 Vereine und Projekte aus dem Sozial-, dem Kinder- und Jugend- oder dem Bildungsbereich mit Spenden im Gesamtumfang von mindestens 2.880 Euro vorzugsweise für die Minderung von Folgen, die sich aus der Corona-Krise ergeben. Die Spendentätigkeit wird gegenüber der Fraktion nachweisbar dokumentiert und von ihr veröffentlicht.“

In unserem Antrag vom 30. März 2020 im Zusammenhang mit der Einbringung des Corona-Nachtragshaushaltes 2020/21 hatten wir dazu aufgefördert, dass alle Abgeordneten ab dem Zeitpunkt der Erhöhung zum 01. Juli 2020 bis zum 30. Juni 2021 – also für 12 Monate – auf den Diätenerhöhung verzichten. Entsprechend errechnet sich der Betrag von 2880 Euro aus dem voraussichtlichen Erhöhungsbetrag von 240 Euro monatlich für 12 Monate.



Damit setzen die 16 Abgeordneten der Fraktion in den kommenden Monaten bis spätestens zum Mai 2021 insgesamt 46.000 Euro ein, um vor allem dort Unterstützung zu leisten, wo in sozialen Bereichen staatliche Mittel nicht oder nur unzureichend zur Verfügung stehen. Diese Gelder werden zusätzlich zu den Spenden auf-

wendet, die schon seit vielen Jahren aus dem Solidarfonds der Fraktion ausgereicht werden. Der Fonds wird durch regelmäßige monatliche Abführungen der Abgeordneten der Linksfaktion gespeist, so dass in ca. 25 Jahren hieraus insgesamt mehr als 2.700 Antragsteller mit etwa 1,4 Mio. Euro unterstützt werden konnten.

Höchste Zeit für grundlegende Transparenz und ein Ende käuflicher Politik

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion

Die fehlenden Regeln für Lobbyismus in Deutschland stellen ein ausgewachsenes Problem dar. In vielen Ministerien und Fraktionen kehren Konzern-Lobbyisten tagtäglich ein und aus. Sie schreiben an Gesetzesentwürfen mit, beeinflussen über Hinterzimmertrreffen, Sponsoring und Parteispenden die politische Agenda. Der Einfluss der Lobbyisten auf die Politik hat ein unerträgliches Ausmaß erreicht, weil die wenigen bestehenden Anti-Korruptions-Regeln zu lasch sind und zu wenig kontrolliert werden. Das Ergebnis ist eine käufliche Politik – und eine politische Agenda in diesem Land, die sich vor allem nach den Interessen von Superreichen und Konzernen richtet.

Seit 2008 fordert DIE LINKE deshalb ein verpflichtendes Lobbyregister. Gleich zu Beginn dieser Wahlperiode hat sie dazu einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Doch bislang gab es kaum Chancen, dass endlich mehr Transparenz in Bundesregierung und Bundestag einkehren, weil Union und SPD diese als Belastung empfinden und nicht als Chance, für die Demokratie zu werben. Durch den Lobbykandal um CDU-Nachwuchsstar Philipp Amthor, ist nun aber Bewegung in die seit Jahren verschleppte Debatte um ein Lobbyregister und mehr Transparenz bei Nebentätigkeiten von Abgeordneten gekommen. Amthor hatte sich als Bundestagsabgeordneter gegenüber der Bundesregierung für das US-Unternehmen Augustus Intelligence als Türöffner betätigt. Kurze Zeit später floss für ihn als Gegenleistung der Champagner in Luxushotels und einen Direktorenposten in der Firma, in der sich auffällig viele erzkonservative Politiker wie Ex-Verteidigungsminister Guttenberg und



Nicht bloß Türen öffnen, sondern Transparenz herstellen.

DIE LINKE.

- verpflichtendes Lobbyregister
- Transparenz über Einfluss von Lobbyisten bei Gesetzen
- Karenzzeiten für ausscheidende Politiker
- direkten Wechsel aus politischen Spitzenämtern an Konzernspitzen und in Interessensverbände verbieten
- Verbot von Unternehmensspenden an Parteien

Ex-Geheimdienstchef Maaßen tummeln, gab es obendrauf. Völlig legal konnte Amthor vor der Öffentlichkeit verbergen, dass er auch Aktienoptionen des Konzerns, der mit Regierungsaufträgen für Anwendungen im Bereich Künstlicher Intelligenz verdienen will, besaß.

Nachdem die Union die Affäre lange als Ausrutscher eines jungen und unerfahrenen Abgeordneten verharmloste und auf Zeit spielte, änderte sie jüngst auf Druck der Öffentlichkeit den Kurs: Nun verspricht die Koalition noch in diesem Jahr ein verbindliches Lobbyregister einzuführen.

Was sich erst einmal gut anhört könnte sich allerdings am Ende als ein weitgehend wirkungsloses Gesetz erweisen. Denn nach wie vor ist es gut möglich, dass die GroKo nach der Sommerpause nur eine Scheinlösung vorschlägt. In der Diskussion ist etwa ein Lobbyregister ohne gesetzliche Grundlage, welches lediglich in der Geschäftsordnung des Bundestags verankert sein soll. Ein solches Register würde die meisten

Lobbyaktivitäten gar nicht erfassen – nämlich all jene, die auf die Bundesregierung mit den Ministerien zielen. Auch Schlupflöcher werden diskutiert, darunter ausgerechnet solche für Lobby-Kanzleien. Mit einem Schmalspur-Register, wie es einigen Unionspolitikern vorschwebt, die die zu erfassenden Kontakte stark begrenzen und an der fehlenden Transparenz bei den Nebentätigkeiten gar nichts ändern wollen, ließe sich vielleicht das ramponierte Image etwas aufbessern. Aber echte Transparenz hätten wir damit nicht. Notwendig ist deshalb ein gesetzlich verpflichtendes, umfassendes Lobbyregister ohne Schlupflöcher, das für Bundestag und Regierung gilt und einen ‚legislativen Fußabdruck‘ beinhaltet. Außerdem brauchen wir strenge Regeln für Nebeneinkünfte, wie die Pflicht zur Offenlegung aller geldwerten Vorteile (inklusive Aktienoptionen) und ein Verbot von bezahlter Lobbytätigkeit durch Abgeordnete.

Ferner brauchen wir dringend längere Karenzzeiten für ausscheidende Politiker, die direkte Wechsel aus politischen Spitzenämtern an Konzernspitzen und in Interessensverbände unterbinden. Mit einem Verbot von Unternehmensspenden an Parteien könnte zudem sichergestellt werden, dass sich die Politikerinnen und Politiker an den Interessen der Wähler orientieren und nicht am dicksten Geldbeutel. DIE LINKE ist seit Jahren die einzige Partei im Parlament, die keine Großspenden erhalten hat – und darauf sind wir stolz. Wir werden jedenfalls ganz genau hingucken, was die Koalition vorlegen wird und keiner Mogelpackung zustimmen. Es ist höchste Zeit für grundlegende Transparenz und ein Ende käuflicher Politik.

Mindestlohn bleibt Mangellohn

Susanne Ferschl, stellv. Vorsitzende der Linksfraktion

„Der deutsche Mindestlohn bleibt auch künftig ein Mangellohn. Die beschlossene Erhöhung um sage und schreibe 1,10 Euro in den kommenden zwei Jahren ist ein schlechter Scherz“, kommentiert Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, den Vorschlag der Mindestlohnkommission, die Lohnuntergrenze in vier Schritten bis Mitte 2022 auf 10,45 Euro anzuheben. Ferschl weiter:

„Es war kein großer Wurf zu erwarten, denn die Mindestlohnkommission degradierte sich dank ihrer Geschäftsordnung letztlich selbst zum Buchhalter der nachlaufenden Tarifentwicklung. Schon bei seiner Einführung 2015 war der Mindestlohn mit 8,50 Euro viel zu niedrig angesetzt, und dieses Grundproblem besteht unverändert fort. Bei einem fortgesetzten Anstieg wie im Durchschnitt der letzten Jahre würde die Lohnuntergrenze erst 2033 zwölf Euro erreichen. Die aktuelle Krise erfordert aber einen

Ein höherer Mindestlohn ...

- 👉 ist wirtschaftlich sinnvoll, denn er steigert die Kaufkraft,
- 👉 ist sozial gerecht, denn er hilft wirksam gegen soziale Ungleichheit,
- 👉 ist im Sinne der Menschen, denn 79 Prozent sind für 12 Euro oder mehr,
- 👉 muss 13 Euro betragen, erst dann ist er kein Armutslohn.

DIE LINKE.

staatlichen Eingriff und eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns auf wenigstens zwölf Euro. So stärkt man die Konjunktur nachhaltig

und effektiv. Denn nur wenn die Menschen real mehr Geld im Portemonnaie haben, können sie auch konsumieren.

Eine einmalige Anhebung der Lohnuntergrenze auf mindestens zwölf Euro durch das Parlament ist keine Schwächung der Tarifautonomie, sondern eine notwendige Stärkung der Löhne und Tarifentwicklung gerade in den unteren Lohngruppen. Mit Niedriglöhnen und Lohndumping – das zeigen nicht zuletzt die aktuellen Skandale in deutschen Schlachthöfen – muss endlich Schluss sein. Der Vorschlag der Kommission muss durch eine Verordnung noch für rechtskräftig erklärt werden. Der Spielraum und die Unterstützung für eine politische Anhebung auf zwölf Euro sind weiterhin vorhanden. Niedriglöhne sind kein Sachzwang – sie zu beenden, ist eine Frage des politischen Willens.“

GroKo-Grundrente: Weniger als das Mindeste

www.die-linke.de

Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter wieder sichern und wirksam vor Armut schützen. Wir wollen eine Umkehr in der Rentenpolitik: Mit den Rentenreformen von SPD und Grünen wurde dafür gesorgt, dass die Unternehmen deutlich weniger in die Rentenkasse einzahlen als die Beschäftigten. Die Folge: Das Niveau der gesetzlichen Rente befindet sich im Sinkflug. Von einst rund 53 Prozent im Jahr 2000 wird es auf 41,7 Prozent im Jahr 2045 fallen. Durch die Rente erst ab 67 können wir erst später ohne Abschläge in Rente gehen. Die meisten werden früher in Rente gehen: Damit wird ihre Rente noch mal drastisch gekürzt!

Die staatlich geförderte Riesterrente ist gescheitert. Sie kann die in die gesetzliche Rente gerissenen Lücken nicht schließen. Es werden Milliarden an Subventionen verpulvert, die in den Kassen der Versicherungskonzerne statt in den Portemonnaies der Rentnerinnen und Rentner landen. Und Millionen Menschen mit normalen und niedrigen Einkommen können nicht privat vorsorgen. Jahr für Jahr sind immer mehr Rentnerinnen und Rentner von Altersarmut und sozialem Abstieg betroffen. Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind von Armut bedroht.



Das muss dringend geändert werden!

Wir wollen diese Entwicklung umkehren! Es reicht nicht, nur die weitere Absenkung zu stoppen. Das Rentenniveau von 53 Prozent muss sofort wiederhergestellt werden. Das bedeutet: 122 Euro netto mehr im Monat für einen »Standardrentner«.

Niemand darf im Alter arm sein – egal ob nach einem Leben in Erwerbsarbeit, durch Berufsunfähigkeit, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung. Niemand darf gezwun-

gen sein, zum Überleben Pfandflaschen zu sammeln. Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto im Monat – darunter droht Armut. Die Solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft, sie wird bei Bedarf gezahlt.

Um Altersarmut zu bekämpfen, wollen wir eine armutsfeste, solidarische Mindestrente für ältere Menschen im Rahmen der Rentenversicherung.

Die Grundrente, die vor kurzem von der Bundesregierung beschlossen wurde, soll die Rentenbezüge über das Niveau der Mindestsicherung hieven. Doch Armutsrenten sind damit keineswegs gebannt. Menschen, die in der Familie lange unbezahlte Erziehungs- und Pflegearbeit geleistet haben, bleiben auch dieses Mal außen vor. Das trifft vor allem Frauen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben und schon damals oft keine Bezahlung erhielten. Auch Langzeiterwerbslose, die mitunter aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten können, gehen leer aus.

Wir fordern eine solidarische Mindestrente, die niemanden zurücklässt.

Jan Korte unterwegs in Nienburg, Egelnd und Staßfurt

Christian Härtel, Jörg Lemmert; Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Aus Anlass seiner jüngsten Wahlkreistour machte Jan Korte Ende Juni auch an mehreren Orten im Salzlandkreis Station. So lud er zusammen mit kommunalen MandatsträgerInnen der LINKEN zu bürgernahen Gesprächen unter freiem Himmel am Benneckschen Hof in Staßfurt und auf dem Marktplatz in Egelnd ein, hier zusammen mit Egelnds Bürgermeister Reinhard Luckner.

Wiederkehrendes Thema der Gespräche an den Infoständen, an denen auch wieder Unterschriften fürs Volksbegehren für mehr Personal an den Schulen gesammelt wurden, war die Sorge vieler Einwohner vor den Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft und die Finanzen der Städte und Dörfer im Salzlandkreis.

Jan Korte dazu: „Immer mehr Kommunen blicken mit Sorge auf die Mindereinnahmen, mehrere Gemeinden haben bereits Haushaltsperren verhängt. Die aufziehende finanzielle Krise der Kommunalhaushalte zwingt die Bundespolitik zum Handeln. Unsere Dörfer, Städte und Landkreise laufen durch die sinkenden Steuereinnahmen zunehmend Gefahr, ihre Handlungsfähigkeit zu verlieren. Wir wollen verhindern, dass massive Gebührenerhöhungen oder ein Kahlschlag bei Infrastruktur-Investitionen, Sozialem, Kultur und Sport die Folge der Corona-Krise sind“.

Auch Scheckübergaben vom „Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V.“ standen



Spendenübergabe im Nienburger Freibad; Foto: privat

bei der Wahlkreistour auf dem Programm. In Staßfurt gab es 400 Euro für die „Schmerzlotsen“, eine Selbsthilfegruppe, die Menschen mit langanhaltenden und chronischen Schmerzen betreut. Angegliedert an die Deutsche Schmerzliga werden die Ehrenamtlichen der Gruppe regelmäßig geschult und zum Erfahrungsaustausch eingeladen. Das Geld wird u.a. für die Teilnahme an Vorträgen, Workshops und Weiterbildungsseminaren benötigt.

Außerdem gab es 300 Euro für den Förderverein des Schwimmbads in Nienburg. MitstreiterInnen des Vereins engagieren sich seit Jahren für die kommunale Einrichtung und sorgen somit dafür, dass den BürgerInnen des Ortes und der Umgebung auch in Zeiten von Schwimmbadschließungen etwas geboten wird. Bei seinem bereits dritten Besuch

im Bad konnte Jan Korte u.a. die neue Markisenanlage sehen, in die das Geld geflossen ist, und erfahren, wie das Bad auch in Corona-Zeiten erfolgreich betrieben werden kann.

Der „Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V.“ finanziert sich und seine Aktivitäten aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden der LINKEN-Bundestagsabgeordneten. Er wurde gegründet, um vor allem Projekte der Kinder- und Jugendarbeit, der Selbsthilfe, der Freien Wohlfahrtspflege, Kultur und Sport, zu fördern. Auch Jan Korte spendet jeden Monat einen Teil seines Einkommens an den Verein. Seit dem Beginn dieser Wahlperiode im Herbst 2017 hat Korte bereits knapp 27.000 Euro für den guten Zweck in seinem anhaltenden Wahlkreis gespendet.

Anti-Rassismus-Demonstration in Magdeburg

Tim Biermordt, DIE LINKE Saale-Wipper

Am 06.06.2020 versammelten sich über 1500 Demonstrantinnen und Demonstranten in Magdeburg, um gegen rassistische Polizeigewalt vorzugehen. Der Grund dafür war der Mord an dem Afroamerikaner George Floyd und die Proteste in den USA. Man zeigte sich mit dieser Demo solidarisch gegenüber den jüngsten Ereignissen und einem Problem, welches es schon Jahrzehnte gibt, denn nicht erst seit gestern ist Rassismus ein Problem auf der Welt. Erinnern wir uns einmal an das schreckliche Attentat am 19. Februar 2020 in Hanau oder an den am 7. Januar 2005 in einem Polizeirevier in Dessau verbrannten Oury Jalloh. Nicht erst seit gestern setzen sich vermehrt Organisationen gegen Rassismus ein, dabei geht es ihnen um Dinge wie grundloses Filzen oder die Feststellung der Personalien, weil man ins Täterprofil passt, nur wegen der Hautfarbe. Aber es gibt noch viel mehr Aspekte, die wir als weiße Menschen nur schwer nachvollziehen können und es ging den betroffenen Personen nicht darum sich in irgendeiner Weise in die Opferrolle zu drängen. Diese jungen Menschen wollen darauf aufmerksam machen, dass der Rassismus in unserer Gesellschaft immer noch ein großes Problem ist. Das zeigten die Demonstranten, egal ob weiß oder schwarz, mit Plakaten, Transparenten und Sprüchen, wie zum Beispiel: „No Justice, No Peace“ oder „Widerstand an jedem Ort, Oury Jalloh das war Mord!“. Es war die Solidarität, die für die meisten Demonstranten zählte, Solidarität mit ihren Brüdern und Schwestern einer anderen Hautfarbe. Das konnte man an



Kundgebung vor dem Magdeburger Landtag; Foto: privat

Plakaten erkennen wie: „I'm not black but I see you, I'm not black but I hear you, I'm not black but I fight for you!“.

Die Demo startete auf dem Willy-Brandt-Platz mit einer Kundgebung und zog in Richtung des Hasselbachplatzes, wo eine weitere Kundgebung stattfinden sollte, welche aufgrund der vielen Teilnehmer aber von der Polizei nicht zugelassen wurde. Daraufhin setzte sich die Demo fort in Richtung des Landtages. Als dort alle Demogruppen ankamen, wurden 5 Schweigeminuten abgehalten. Dabei wurde sich auf den Boden gekniet und die Faust nach oben gestreckt. Damit wollte man ein Zeichen setzen und unseren Politikern einen Denkanstoß verpassen. Viel Interesse schien allerdings nicht jede Fraktion im Landtag zu haben. Kein Mitglied der Regierung oder der Koalitionsfraktionen beteiligte sich, nicht einmal die Ministerin für Justiz und Gleichstellung Anne-Marie Keding (CDU) zeigte Gesicht an diesem Tag. Ebenso nicht unser

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff, nicht einmal SPD oder Grüne waren dort anwesend. Die einzigen Parteien die Gesicht zeigten, waren die linksradikale MLPD, die Satire-Partei „Die Partei“ und DIE LINKE. Wenn ihr mich fragt, ist es ein Trauerspiel in vier Akten. Anscheinend haben sie nichts aus den Ereignissen der Zeit gelernt, dass Rassismus und Antisemitismus noch immer ein Problem in Sachsen-Anhalt sind. Es ist also umso wichtiger, dass wir uns dafür stark machen, diese Probleme beiseite zu schaffen. Ein junger Student erzählte, dass er auf dem Weg zur Uni rassistisch beleidigt wurde, die Empörung dieser Tat war in seiner Rede dazu deutlich zu spüren. Ein Mensch ist aufgrund seiner Hautfarbe, Religion oder Herkunft nicht weniger wert, es kommt auf den Aspekt als Mensch an, dessen sollten wir uns alle bewusst sein. Es kann nicht sein, dass wir immer noch so denken, denn niemand ist ein Mensch zweiter Klasse. Wir bluten alle in derselben Farbe, wir alle haben dieselben Gefühle, aber nur weil unser Äußeres einen Unterschied hat, sind wir alle nicht weniger wert. Im Gegenteil, wir alle sind Menschen und sollten unabhängig von Hautfarbe, Religion und Herkunft miteinander leben. Abschließend möchte ich hierzu nur Nelson Mandela zitieren: „Niemand wird geboren, um einen anderen Menschen zu hassen. Menschen müssen zu hassen lernen und wenn sie zu hassen lernen können, dann kann ihnen auch gelehrt werden zu lieben, denn Liebe empfindet das menschliche Herz viel natürlicher als ihr Gegenteil.“

Sitzung des Staßfurter Stadtrates nach langer Zwangspause

Klaus Magenheimer, Fraktionsvorsitzender

Nach intensiver Vorberatung in den Ortschaftsräten, Fachausschüssen und Fraktionen kam der Stadtrat zur letzten Sitzung vor der Sommerpause im Sparkassenschiff am 25. Juni 2020 zusammen. Wegen der eingerichteten Abstandsregeln war es angespannt ruhig. Aufgrund der ausgefallenen Sitzung war auch die Tagesordnung dementsprechend mit 44 Punkten ausgesprochen umfangreich. Von Brisanz war die zu erwartende Positionierung des Stadtrates zum Vorschlag der Verwaltung, einen Bolzplatz zu einem Wohnstandort zu verwandeln. Nach einer Unterschriftensammlung und Protesten der Anwohner*innen sahen sich fast alle Fraktionen veranlasst, die bisherigen Beschlüsse wieder aufzuheben. An diesem Beispiel zeigte sich deutlich die Wirkung, wenn vor wichtigen Entscheidungen die betroffenen Bürgerinnen und Bürger nicht an der Diskussion beteiligt werden. Durch die Bildung einer Arbeitsgruppe soll die Ideenfindung bei der Neukalkulierung der Friedhofsgebühren und zur Untersuchung von Einspar- und Entwicklungspotentialen auf allen Friedhöfen der Stadt auf breite Schultern verteilt

werden. Unsere Fraktion ist mit Peter Maier beteiligt.

Die Auswertung des Pflegestrukturplanes des Salzlandkreises und die darin aufgezeigte Unterversorgung bei der Bereitstellung von Pflegeplätzen in der Stadt, nahm unsere Fraktion unter Federführung von Bianca Görke zum Anlass, den Oberbürgermeister zu beauftragen, eine Arbeitsgruppe „Pflege“ zu bilden. Unter der Mitwirkung aller Anbieter von ambulanten, voll- und teilstationärer Pflege, Vereinen und Verbänden, die sich mit Seniorenarbeit beschäftigen, sowie der Verwaltung und Mitgliedern des Sozialausschusses, ist der gegenwärtige Stand aufzuzeigen und ist eine Konzeption zu erarbeiten, wie den Fehlenden im gemeinsamen Handeln entgegenwirkt werden kann. Dabei ist verstärkt auf eine zusätzliche Ausbildung von Fachkräften zu wirken. Der Seniorenbeirat der Stadt unterstützt dieses Vorhaben ausdrücklich. Die Beiratsvorsitzende Angelika Flügel hätte sich aber eine stärkere Einbeziehung gewünscht. Handelt es sich doch um einen Schwerpunkt der Arbeit des Beirates. Der Seniorenbeirat

plane anlässlich des Tages der älteren Bürger zum 1. Oktober eine zum Thema passende Fachtagung.

Nach langer und teilweise widersprüchlicher Diskussion entschied der Stadtrat einstimmig, den Betrieb der Tafel an der Bodebrücke durch die AWO Schönebeck in diesem kommunalen Objekt ab 1. Juli fortführen zu lassen. Auch um die Entwicklung der finanziellen Situation der Stadt bemühten sich die Stadträte. So unterstützen sie die Klage des Oberbürgermeisters gegen die vom Kreistag beschlossene Kreisumlage für 2020. Eine neue Satzung für die Kosten der Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr wurde auf den Weg gebracht. Die Erhöhung der Ausgleichszahlung für das Salzlandcenter wurde beschlossen. Die Kreativwerkstatt „Bunte Insel“ erhält für das Jahr 2020 einen Zuschuss. Auch eine lange vor hergeschobene Anpassung des Pachtzinses für Kleingärten wurde mit zwei Stufen der Veränderung auf den Weg gebracht.

Volksbegehren braucht weitere Unterstützung

Henriette Krebs, Jörg Lemmert; Kreisvorsitzende

Die Corona-Krise hatte direkte Auswirkungen auf das landesweite Volksbegehren für mehr Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter. Durch die Pandemie und die Maßnahmen der Landesregierung war die Unterschriftensammlung der Initiative „Den Mangel beenden. Unseren Kindern Zukunft geben“ fast vollständig zum Erliegen gekommen. Erst Ende Mai liefen die Aktivitäten zum Erreichen des Ziels von knapp 170.000 Unterschriften wieder an. Bis zum 18. August, die Landesregierung stimmte einer Verlängerung bis zu diesem Termin zu, bleibt jetzt nicht mehr viel Zeit.

Im Kreisverband gab es bereits am Jahresanfang große Unterstützung für das Volksbegehren und auch nach dem Lockdown wurde an zahlreichen Orten weitergesammelt. Unterstützt von den Ge-nossInnen vor Ort, gab es z.B. Infostände mit MdL Eva von Angern in Schönebeck und Calbe, von MdL Christina Buchheim in Könnern und von MdB Jan Korte in Staßfurt und Egeln. Darüber hinaus wurden auch in Bernburg, Nienburg und Güsten Unterschriften gesammelt.

Das Engagement unzähliger Eltern, Vereine, Verbände und Institutionen, die auch in



Die Kreisvorsitzenden werben für das Volksbegehren; Foto: privat

allen Städten und Gemeinden des Salzlandkreises Unterschriften gesammelt haben, wurde durch die Corona-Pandemie bedingten Kontaktbeschränkungen und dem Verbot jeglicher Großveranstaltungen extrem eingeschränkt. Neben der Sammlung an Infoständen kommt es jetzt auch auf jede Unterschrift im persönlichen Umfeld an. Jeder kann innerhalb der Familie, des Freundeskreises oder auf

Arbeit Unterschriften für das Volksbegehren sammeln. Die entsprechenden Listen gibt es in allen LINKEN-Büros im Salzlandkreis und im Internet unter www.denmangelbeenden.de. Wer für seine Aktion die Fahne zum Volksbegehren (siehe Foto) benötigt, kann sich gerne beim Kreisvorstand melden: dielinke-slk@t-online.de.

LINKE fordert bedingungslose Unterzeichnung der Tarifvereinbarung

Henriette Krebs, Jörg Lemmert, Christian Jethon

Bei den Verhandlungen um einen neuen Tarifvertrag an den AMEOS-Kliniken im Salzlandkreis hatten die Gewerkschaft Verdi und der Klinikkonzern sich Ende Mai auf kurzfristige Entgeltsteigerungen und eine Einmalzahlung geeinigt: Acht Prozent in drei Schritten bis Juni 2021 sowie 700 Euro extra waren geplant.

AMEOS verweigert jetzt aber seine Unterschrift unter dem verhandelten Zwischener-

gebnis und stellt neue Forderungen, so sollen u.a. alle Klagen von Seiten der Belegschaft gegen den Konzern fallengelassen werden.

Dazu äußern sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag, Christian Jethon, und die beiden LINKEN Kreisvorsitzenden Henriette Krebs und Jörg Lemmert: „Nach dem kraftvollen Streik zum Jahresbeginn, der zu einem sehr späten Einlenken bei AMEOS führte, nimmt der Konzern

mitten in der Corona-Krise die altbekannte Verweigerungshaltung ein. Es entsteht jetzt der Eindruck, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegeneinander ausgespielt werden sollen. Wir unterstützen die geplante Wiederaufnahme der Streiks und fordern die bedingungslose Unterzeichnung der Tarifvereinbarung. Wir stehen weiter solidarisch an der Seite der Belegschaft und den Gewerkschaften.“

Real-Märkte: Rückkehr zum Verdi-Tarifvertrag gefordert

Jan Korte

Wie die Gewerkschaft Verdi fordert auch der anhaltische LINKE-Bundestagsabgeordnete Jan Korte vom neuen Eigentümer (Immobilien-gesellschaft SCP) der Supermarktkette Real die Rückkehr zum Verdi-Flächentarifvertrag. Die Supermarktkette ist im Salzlandkreis mit einem Warenhaus in Staßfurt vertreten.

Dazu erklärt Jan Korte: „In den letzten Wochen wurden insbesondere die Beschäftigten des Lebensmitteleinzelhandels als Helden des Alltags bezeichnet. Dies gilt natürlich auch für die Beschäftigten bei Real. Sie sorgen täglich dafür, dass der „Laden“ läuft und die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt ist. Real profitiert so sehr von der Corona-Krise, dass sich im Geschäftsquartal Januar bis Ende

März ein Umsatzplus von 8,7 Prozent ergab. Als Dankeschön für die außerordentlichen Leistungen gab es für die Beschäftigten lediglich zwei Warengutscheine zu je 100 Euro.

Wie schon in der Vergangenheit die Metro AG verweigert auch SCP als neuer Eigentümer die Tarifbindung an die für den Einzelhandel relevanten Verdi-Flächentarifverträge und bleibt weiter auf Dumpingkurs“, kritisiert Korte. Real bleibe somit ein tarifloses Unternehmen. Das habe zur Folge, dass Beschäftigte für die gleiche Arbeit völlig unterschiedlich bezahlt werden.

Derweil ist die Zukunft der einzelnen Märkte nach wie vor ungewiss. Bekannt ist nur, dass von den 274 Märkten, Kaufland 88 Märkte

und Edeka 53 Märkte übernehmen möchten. 50 Märkte sollen bei SCP für einen begrenzten Zeitraum weitergeführt werden.

Jan Korte unterstützt daher die Forderungen der Gewerkschaft nach einer Beschäftigungssicherung, Schutz durch Verdi-Tarifverträge, Sicherung der Betriebsräte und Verhinderung von Ausgliederungen an selbstständige Kaufleute.

Korte erinnert abschließend daran, dass Gewerkschaften, DIE LINKE und er als regionaler Abgeordneter seit zwei Jahren mehrfach mit öffentlichen Aktionen auf die ungewisse Zukunft der Real-Märkte und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten hingewiesen haben.

Sachsen-Anhalts Friedensengel gesucht

15.000 Euro für Mut machende Beispiele von überzeugender Friedensarbeit ausgelobt

Karsten Noack

Die Stiftung Evangelische Jugendhilfe St. Johannis Bernburg startet ab sofort mit der Nominierungsphase für den Preis »FRIEDENSEGEL 2021«.

Mit der Auslobung des mit insgesamt 15.000 Euro dotierten Preises möchte die Stiftung Ev. Jugendhilfe Mut machende Beispiele von überzeugender Friedensarbeit, die bisher mit ihrer Arbeit wenig bekannt sind, ins Licht der Öffentlichkeit rücken und unterstützen.

In seiner Eröffnungsrede zur Preisverleihung im Jahr 2019 zitierte Vorstandsvorsitzender Klaus Roth den österreichischen Künstler André Heller: „Der Friede, der Friede, wo kommt denn der Friede her? Der kommt nicht vom bloßen Fordern, der kommt nur, wenn wir ihn tun.“

Dieses Tun soll der Preis sichtbar machen, es sollen Menschen und Organisationen geehrt werden, die in ihrer Arbeit Vorbild sind im Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, für Versöhnung, Menschenrechte, Überwindung von Rassismus, für soziale Gerechtigkeit, zukunftsweisenden und nachhaltigen Umgang mit Natur und Umwelt sowie interkulturelle und interreligiöse Verständigung.

Ab sofort können eine Vielzahl von Personen und Projekten zur Nominierung vorgeschlagen werden. Eine Jury aus Persönlichkeiten des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens in Sachsen-Anhalt wählt die Preisträger*innen in den drei Kategorien aus.

Die Ausschreibungsunterlagen stehen auf unserer Website unter www.stejh.de/friedensengel2021 zum Abruf bereit. Wir freuen uns auf zahlreiche Nominierungsvorschläge.

Die Preisträger*innen des »FRIEDENSEGEL 2021« der Stiftung Evangelische Jugendhilfe werden in einer öffentlichen Veranstaltung am 7. Mai 2021 in Bernburg (Saale) geehrt



Gewinner des Friedensengel 2019; Foto: privat

Hintergrund Preis „Friedensengel“

In seinem alljährlichen Weihnachtsbrief endete Vorstand Klaus Roth 2018 mit den Worten „Nur wer mit sich selbst Frieden hat, ist in der Lage, auch ein friedliches Umfeld zu schaffen. Ein schönes Ziel für das neue Jahr, Frieden schaffen! Kriege gibt es genug, Unruhe finden wir überall. Nehmen Sie sich einen kleinen Bereich vor, z. B. auf der Arbeit, in der Familie in Ihrem Ortsteil und seien Sie der Friedensengel 2018, einen Bambi gibt es dafür nicht aber sicher gute Begegnungen und

Gefühle.“

Dieser Aufruf brachte die Idee, diese Menschen tatsächlich mithilfe des Preises „Friedensengel“ sichtbar zu machen.

Im Frühjahr 2019 wurde der Preis erstmalig verliehen. Die Festrede hielt die damalige Bundesjustizministerin Katarina Barley. Die Preise gingen in der Kategorie »Beispielhafte Initiative« an Michael Marquardt (Magdeburg), in der Kategorie »Der unbekannteste Friedensengel« an Dr. Thomas Baum (Bernburg) und in der Kategorie »Öffentliches Wirken« an

Wahlkreistag von Eva von Angern in Schönebeck und Calbe

Sabine Dirlich, Roland Claus

Am 25. Juni führte der nun schon traditionelle Wahlkreistag Eva von Angern und ihre Begleitung nach Calbe. Im Gespräch mit Bürgermeister Sven Hause (parteilos) und dem Stadtratsvorsitzenden Christian Behlau (DIE LINKE) ging es um aktuelle Belange der Saalestadt, darunter vor allem um den Ausgleich von krisenbedingten Steuerausfällen und um das Tourismuskonzept der Stadt.

Hause und Behlau machten darauf aufmerksam, dass zum Termin der Landtagswahl am 6. Juni 2021 auch die Bürgermeisterwahl in Calbe ansteht. DIE LINKE in Calbe wird sich dazu verständigen. Sven Hause kündigte im Gespräch seine erneute Kandidatur an.



Unterschriftensammlung für das Volksbegehren; Foto: privat

Beim Treffen mit der Direktorin des Amtsgerichts Schönebeck Frau Lehmann, verwies diese auf die Situation des Grundbucharchivs der ostdeutschen Bundesländer in Barby, das dem Amtsgericht Schönebeck zugeordnet wurde. Die beiden Juristinnen vereinbarten ein Treffen im Archiv, um anstehende Probleme bei dessen Sanierung anzugehen.

Begonnen hatte der Wahlkreistag am Schönebecker Büro mit der Weiterführung der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren gegen den Lehrermangel.

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren im Juli und August recht herzlich

Zum 98. Geburtstag
Anne-Christine Böhm
Helmut Sperling

Zum 93. Geburtstag
Dr. Horst Kühns

Zum 92. Geburtstag
Magdalena Sacher

Zum 88. Geburtstag
Herbert Eisfeld

Zum 84. Geburtstag
Friedel Müller

Zum 83. Geburtstag
Peter Eishold

Zum 81. Geburtstag
Hella Käthner

Zum 80. Geburtstag
Harald Rische

Zum 75. Geburtstag
Irene Lange

Zum 65. Geburtstag
Margit Treitschke

Zum 60. Geburtstag
Margitta Fleischer

Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im Juli und August Geburtstag haben.



Einladung zur Kreisversammlung am 24.10.2020

Der Kreisvorstand lädt in Vorbereitung auf die Landtagswahl und die Bundestagswahl 2021 zur Kreisversammlung und zur besonderen Kreisversammlung am **24.10.2020 um 10 Uhr in das Bernburger Kurhaus** (Sobaldstraße 2) ein. Die Einladung liegt der nächsten LINKEN Zeitung bei.

Aktuelle Informationen zur Arbeit im Kreisverband gibt es auf www.dielinke-salzlandkreis.de

Mailverteiler des Kreisverbandes

Wer ergänzend zur LINKEN Zeitung 2-3 Mal im Monat über aktuelle Entwicklungen informiert werden möchte, schickt uns bitte seine Mail-Adresse an dielinke-slk@t-online.de

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung sucht ständig Artikel aus allen Regionen des Salzlandkreises (Versammlungen, Aktionen, Meinungen, ...). Außerdem freuen wir uns über weitere MitstreiterInnen für die Redaktionsarbeit (Kontaktdaten der Redaktion siehe unten).



Volksbegehren „Den Mangel beenden“

Der Kreisverband unterstützt das Volksbegehren und sammelt Unterschriften für mehr Personal an den Schulen in Sachsen-Anhalt. Wir bitten um Eure Unterstützung! Unterschriftenlisten gibt es in den Büros in Aschersleben, Bernburg, Schönebeck und Staßfurt oder im Internet unter www.denmangelbeenden.de. Bei Fragen könnt ihr euch jederzeit an den Kreisvorstand wenden (Kontakt siehe unten).

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am **26.08.2020 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94).

ClimatePartner[®] klimaneutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 04. September 2020.
Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 03. Juli 2020.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.